

Pulsnitzer Wochenblatt

Hauptredaktion 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinst: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit ob sonstiger irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Ersatzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich — 55 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich — 60 Gold-Mark; durch die Post monatlich M 2.50 freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Zeile (Masse's Zeilenmaß 14) M — 20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M — 15. Amtliche Zeile M — 60 und M — 45; Reklame M — 50. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlungstag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großröhrsdorf, Brenig, Hauswalde, Ohorn, Oberketina, Niederketina, Weißbach, Ober- und Niederlüttenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richterberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Fnh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 52

Mittwoch, den 30. April 1924

76. Jahrgang

Pulsnitzer Bank

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Rentenmark-Konten

Wir verzinsen Rentenmark-Spareinlagen

ab 15. April 1924 wie folgt:

8% p. a. bei täglicher Verfügung
12% - - - 1 monatlicher Kündigung oder 1 Monat fest
13% - - - 3 monatlicher Kündigung oder 3 Monate fest

Größere Beträge auf Wunsch mit Wertsicherung auf Dollar-Basis. — Laufende Konten provisionsfrei.

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

Das Wichtigste.

Der fast nur von Kommunisten besuchte „Mitteldeutsche Bergarbeiterkongress“ in Leipzig beschloß den Generalstreik für alle Bergarbeiter Deutschlands ab 1. Mai.
Reichskanzler Dr. Marx, der am Sonntag in Düsseldorf in einer Zentrumsversammlung gesprochen hat, sprach am Montag vor einer Massenkundgebung, die einen Generalappell des Kölner Zentrums darstellte.
Auch das Berliner Sekretariat der kommunistischen Tschechien ist ausgehoben worden.
Der Schweizer Lokomotivführerverband schreibt die Verantwortung für das Eisenbahnunglück von Bellinzona der Verwaltung zu.
Nach einer Budapest Meldung aus Karlsbad hat die rumänische Regierung infolge des Bruches mit Jugoslawien alle wehrfähigen Männer unter 42 Jahren angewiesen, sich für die Mobilisierung bereit zu halten.
In England sind lebhafteste Bestrebungen im Gange, eine liberal-konservative Einigung mit der Spitze gegen die jetzige Arbeiterregierung und den Sozialismus anzubringen.
In Delft sind wegen Spionage zugunsten Bolens fünf Personen zum Tode und fünf andere zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Der größte Teil der Angeklagten stand im Militärdienst.
Morgan hat sich bereit erklärt einen wesentlichen Teil der Goldbankkredite für Deutschland zu zeichnen.
Der Reichsverband des deutschen Handwerks und Gewerkekammertag sowie der preussische Handwerkskammertag werden vom 25. bis 27. Mai in Berlin ihre Tagung abhalten. Auf der Tagesordnung steht in erster Linie die Beratung der neuen Reichshandwerksordnung.
In einem Bergwerk bei Weeling in Westvirginien hat eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden, durch die 180 Bergleute von dem Grubenaussgang abgeschnitten worden sind. Ihr Schicksal ist völlig ungewiß und es ist nicht zu übersehen, ob ein Teil von ihnen gerettet werden kann.
Nach einer Meldung der „Stampa“ hat der Vatikan die Wiedereröffnung des im Jahre 1869 unterbrochenen Dekretionskongresses im Jahre 1925 beschlossen. An diesem Kongress werden ungefähr 2000 Bischöfe teilnehmen.
Anstelle den aus Gesundheitsrückgründen zurückgetretenen Generals Diaz wurde der sizilianische General Digorgie zum italienischen Kriegsminister ernannt.

Beginn der Aussprache.

Der belgische Ministerpräsident Theunis ist unterwegs. In Paris hat er sich gründlich mit Poincaré unterhalten, daß er einem Ausdrager des „Eclair“ selbst zwischen den Zeilen nichts mehr sagen konnte. Um so gesprächiger sind dafür die unterschiedlichen diplomatischen Mitarbeiter der französischen und englischen Zeitungen, die mit enger Mühe die Gegensätze aufzeigen, über die die Einstimmigkeit noch herbeigeführt werden muß. So macht der „Daily Telegraph“ darauf aufmerksam, daß Poincarés Forderung, die Freigabe des Ruhrpflandes könne erst nach der Ausführung der Dawes-Vorschläge durch Deutschland erfolgen, mit dem Geist des Gutachtens nicht vereinbar sei. Poincaré wird sich durch diese sanfte Rüge nicht getroffen fühlen. Er hat nicht nur den Geist, er hat auch den Buchstaben des Versailler Vertrages verlernt, als er die Rhein- und Ruhrpflände und das Ruhrgebiet befreien ließ. Keine Bestimmung des Versailler Diktats sagt etwas darüber aus, daß die Besetzungszonen willkürlich ausgedehnt werden könne. Erst recht darum nicht, wenn keine schuldhafte Verfehlung Deutschlands vorliegt. Aber für Poincaré sind die Strafmaßnahmen Zweck und Ziel der Politik, der aus dem Versailler Vertrag das machen soll, was er vor fünf Jahren nicht ganz geworden ist. Poincaré will das Ruhrpfland ohne die vorgängige Ausführung der Dawes-Vorschläge durch Deutschland nicht räumen. Auf die Zusicherung, daß die Räumung nach Maßgabe der Ausführung geschehen solle, ist deshalb nichts zu geben, weil sie so nicht wirksam werden kann. Wenn immer Deutschland versucht, die

Dawes-Vorschläge auszuführen, wird es auf die Hindernisse stoßen, die sich aus der Natur der militärischen Besetzung ergeben. Die Ausführung kann also gar nicht in Vollzug gesetzt werden, weil jeden Tag irgend ein militärisches Verbot dazwischen prasseln kann. Gerade das will Poincaré, weil es so einfacher und sicherer ist, Deutschland neuerdings zu beschuldigen, daß es bösen Willens sei. Das würde ohne weiteres neue Verfehlungen und sinngemäß neue Strafmaßnahmen ergeben, so daß Deutschland nicht zur Leistung, sondern zur völligen Auflösung kommen müßte. Keine Frage, daß es dann die „Sicherheit“ Frankreichs erforderlich machen würde, dauernd die Truppen am Rhein und an der Ruhr zu lassen. Das ist allerdings nur das mittelbare Ziel der Poincaréschen Taktik. Das unmittelbare ist ein anderes, auf das die öffentliche Meinung nicht nachdrücklich genug aufmerksam gemacht werden kann.

Poincaré will durch Verhandlungen Zeit gewinnen. Es ist sicher anzunehmen, daß er auch von der kommenden französischen Kammer mit der Bildung des Ministeriums beauftragt werden wird. So bleibt er der leitende Staatsmann, bis das mittelbare Ziel des französischen Imperialismus erreicht ist. Zeit gebraucht er, um zunächst die Frage der Räumung der Kölner Zone zu lösen. Diese läuft bestimmungsgemäß am 10. Januar 1925 ab. Drückt Poincaré seine These durch, daß erst einmal die Ausführung der Dawes-Vorschläge durch Deutschland abgewartet werden müsse, so rettet er die Ruhrbesetzung über die Räumungszone hinaus. Es würde sich dann ergeben, daß im Ruhrgebiet und in Düsseldorf französische Truppen stehen, daß aber die Kölner und die Aachener Zone frei sind. Sofort würde Paris darauf aufmerksam machen, daß die Sicherheit der französischen Truppen im Ruhrgebiet bedroht sei, so daß nichts anderes übrig bleibe, als die — Kölner Zone zu besetzen. Dann wäre der Weg frei, um den separatistischen Schwundel im ganzen Rheinland noch einmal auszuheben. Dann wäre aber auch der Weg frei, um Deutschland jede ernste Ausführung der Dawes-Vorschläge unmöglich zu machen. Das finanzielle Ergebnis würde unzulänglich sein, und die Repko hätte dann Gelegenheit, neue Verfehlungen festzustellen. Die französische Presse weiß ja davon zu melden, daß zwischen Poincaré und Theunis ein grundsätzliches Einverständnis über die Handlungsfreiheit der Repko erzielt worden sei. Diese Freiheit gilt für das Urteil über die Gesetze und Verordnungen, die Deutschland erlassen soll. Das Urteil kann ablehnend sein, da ja die Repko die Zeit gewinnen muß, die Poincaré braucht, um Rhein und Ruhr der französischen „Einheitsbesetzung“ zu sichern. Ist die Repko unzufrieden, so wird Poincaré die militärischen Strafmaßnahmen nicht lockern. Alsdann liegt auch der Beschluß der Repko nahe, daß Deutschland neue Verfehlungen begangen habe, indem es die Dawes-Vorschläge nicht sinngemäß ausführe. Die Repko ist noch immer ein Instrument der französischen Politik. Das hat im vorigen Jahr sogar Stanley Baldwin beklagt, in dem aber das Gefühl der Abhängigkeit von Frankreich so lebendig war, daß er nicht die Folgerungen aus seiner Erkenntnis zog. Der Beginn der diplomatischen Aussprache zwischen den Verbündeten ist wenig hoffnungsvoll. Poincarés Halsstarrigkeit ist unverändert. Daß sie durch die Rügen der englischen Presse nicht gehoben werden kann, hat sich bei mehr als einer Gelegenheit gezeigt. Selbst die schrittweise Räumung des Ruhrgebietes, die als möglich bezeichnet wird, ist keine Grundlage, auf der Deutschland verhandeln kann. Soll Deutschland aus seiner Wirtschaft auch nur annähernd herausholen, was der Dawes-Bericht für möglich hält, dann kann es auf seinem Hoheitsgebiet

an keiner Stelle Drofflungen und Zwangsmaßnahmen dulden und ertragen. Freier Rhein und freie Ruhr sind die Voraussetzung für jeden Erfüllungsveruch.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

— (Kosten des Nahrungsmittelaufwandes) Der Wirtschaftsstatistiker Richard Calwer berechnet nach seiner bekannten Methode die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes nach dem Stande der Nahrungsmittelpreise vom 26. April 1924 auf 32,94 Billionen Mark in der vergangenen Woche. Der Satz ist berechnet für eine vierköpfige Familie (Eltern und zwei Kinder). Somit haben sich die Nahrungsmittelkosten um 1,74 Prozent erhöht.

— (Sächsischer Landtag und Kleinhandel.) In Falkenstein i. B. fand ein Vertretertag des Kleinhandwerks und Kleinhandels für das Vogtland statt. In einer Entschließung wurde anerkannt, daß der sächsische Landtag als einziges Parlament den Kleingewerbetreibenden dadurch wirklich nützlich gewesen wäre, daß er durch Gesetz die Industrieversorgung beseitigt habe. Der sächsische Landtag habe sich hier als Freund der Minderbemittelten bewährt. Diese Meldung drucken die sozialdemokratischen Blätter vor den Wahlen ab und versuchen damit den Eindruck zu erwecken, als ob sie diese Tat vollbracht hätten. Kleinhandel und Kleinhandwerk werden allerdings diesen Stimmensfang richtig durchschauen. In Wirklichkeit ist es so, daß die Koalitionsregierung diese Besserung durchführte, während die sozialistisch-kommunistische Regierung vorher nichts dagegen tat, sondern den Kleingewerbetreibenden und vor allem dem Kleinhandel dauernd Steine in den Weg legte, man denke nur an die Befreiung der Konsumgenossenschaften von der Gewerbesteuer.

Häselich. (Schadenfeuer.) Am Sonnabend nachts gegen halb 12 Uhr brach im Geschäft des Wirtschaftsbekkers Posaundt Feuer aus. Wohnhaus und Scheune wurden ein Raub der Flammen. Vieh und Mobiliar konnte gerettet werden. Die Gebäude brannten bis auf die Umfassungsmauern nieder. Als erste Spritze war Bismarck zur Stelle, als zweite die der Feuerwehr von Gerzdorf und beteiligte sich dieselbe lobenswert an den Rettungs- und Abschlepparbeiten. Es ist sicher Brandstiftung anzunehmen.

Ottendorf-Dörlitz. (Schadenfeuer.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kündete ein Feuerschein, daß die am Bahnhof Cunnersdorf stehende Glasfabrik (Filiale Brodowig) in Flammen stand. Der Lagerschuppen, die Schloßerei und Schleiferei sowie das Kesselhaus brannten nieder. Zahlreiche Wehren aus Ottendorf, Reichenberg, Rähnitz und Medingen und Betriebsfeuerwehren waren rasch zur Stelle, konnten aber nur beschränkte Hilfe leisten, weil sie das Wasser 800 Meter weit aus der Röhre herbeischaffen mußten. Die Wehren mußten sich deshalb auf die Lokalisierung des Brandes beschränken. Die Ursache des Feuers ist noch nicht festgestellt. Der Brandschaden ist groß, aber durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb kann in beschränktem Umfang weitergeführt werden.

Elstra. (Biergläser im Wahlkampf.) Einen stürmischen Verlauf nahm eine im hiesigen Schägenhause abgehaltene Wahloerfassung der Deutschnationalen Volkspartei, in welcher der Dresdener Stadtverordnete Baumeister Hugo Paul, der Vertreter des deutschnationalen Mittelstandes, sprach. Die